

# Die ZZ fragt, Politiker antworten



Foto Ebener/dpa

Serie  
Politikern  
auf den  
Zahn  
gefühl

Sollte der Bund viel Geld für Bildung bereitstellen, auch wenn dafür eigentlich die Länder zuständig sind?

## Oliver Grundmann, CDU

Alle Kinder in Deutschland sollen unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Bildungsstand der Eltern die beste verfügbare Bildung und Ausbildung erhalten. Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft. Schulbildung ist nach dem Grundgesetz Ländersache und wird es bleiben. Dennoch haben wir die Länder in den vergangenen vier Jahren im Hochschul- und Forschungsbereich spürbar entlastet, das BAföG in die Zuständigkeit des Bundes überführt. Zudem haben wir einen Sonderfonds Euro eingerichtet, aus dem Schulen saniert werden.



Am Sonntag, 24. September, wird ein neuer Bundestag gewählt. Im Wahlkreis 30 (Stade I – Rotenburg II) stellen sich acht Direktkandidaten zur Wahl. Die Redaktion der ZEVENER ZEITUNG hat



alle hiesigen Bewerber zu verschiedenen bundespolitischen Themen nach ihrer Meinung gefragt. Im heutigen achten Teil unserer Serie „Politikern auf den Zahn gefühlt“ geht es um die Bildungspolitik.

## Oliver Kellmer, SPD

Das Kooperationsverbot muss fallen. Wir wollen die Kita-Gebühren für alle Eltern abschaffen. Denn Bildung muss gebührenfrei sein – von der Kita über die Ausbildung und das Studium bis zur Meisterprüfung. Wir brauchen bessere Bildung und Betreuung am Nachmittag und einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Kita- und Grundschulkindern. Wir wollen einheitliche Standards für Kita-Fachkräfte in der Bundesrepublik sowie für die Verpflegung der Kinder. Ausreichende Mittel für die Inklusion müssen zur Verfügung gestellt werden, damit dies ein Erfolg werden kann.



## Ralf Poppe, Bündnis 90/Die Grünen

Ja. Das Kooperationsverbot muss weg im Interesse einer guten Bildung für alle. Man kann alles verlieren, nicht aber seine Bildung. Deshalb müssen wir Chancengleichheit herstellen und dürfen niemanden zurücklassen. Wir müssen auch zu vergleichbaren, am besten zu einheitlichen Ausbildungen und Abschlüssen kommen. Von den Arbeitnehmern wird räumliche Flexibilität gefordert und manche möchten von sich aus in ein anderes Bundesland umziehen. Das darf nicht zu schwer kalkulierbaren Risiken für schulpflichtige Kinder führen.



## Klemens Kowalski, Die Linke

Der Bund sollte mehr Kompetenzen erhalten, um das Bildungschaos zu beseitigen. Statt 35 Milliarden Euro jedes Jahr zusätzlich in die Bundeswehr, müssen wir es in die Schulen und Universitäten stecken. Zugang zu kostenloser Bildung von der Kita bis zur Universität. Bildung statt Merkels Kriegspolitik.



## André Grote, FDP

Der Bildungsföderalismus ist überholt, wir konkurrieren nicht mehr zwischen Niedersachsen und Schleswig-Holstein sondern gegen unsere globalen Mitbewerber. Die Investition in die Infrastruktur der Bildung ist absolute Priorität der Freien Demokraten und das fängt mit der Schultafel an und geht über die Digitalisierung bis zu den MINT-Räumen, die teilweise auf dem Stand von vor 40 Jahren sind.



## Astrid zum Felde, AfD

Schulpolitik ist Ländersache, der Bund hat nicht mitzubestimmen. Aber da die Bundesregierung für die zusätzlichen finanziellen Belastungen durch Kinder verantwortlich ist, die infolge der illegalen Massenzuwanderung vorübergehend in unsere Schulen gekommen sind, muss hier ein finanzieller Ausgleich erfolgen. Auf Landesebene verfolgen wir das Ziel, das dreigliedrige Schulsystem zu erhalten und die Radikalinklusion zu beenden, das heißt, alle Förderschulen zu erhalten beziehungsweise wieder zu eröffnen.



## Richard Bodo Klaus, PIRATEN

In der deutschen Bildungspolitik wird die Kleinstaaterei des 19. Jahrhunderts noch immer gelebt. Kaum an der Uni angekommen, heißt es dann nach dem europäischen Bologna-Prozess zu studieren. Dieser Widerspruch ist offensichtlich, wird aber noch zu verdrängen versucht. Faktisch brauchen wir eine gesamtdeutsche Bildungspolitik, die die Schüler auf das Studium und den Arbeitsmarkt vorbereitet. Sowohl Studium als auch Arbeit sind immer internationaler ausgerichtet, daher müssen wir die alleinige Zuständigkeit der Länder für Bildung anpassen



## Udo Knoop, Einzelbewerber

Bildung ist seit Jahren ein weitreichendes Problem. Weshalb verfallen die regierenden Parteien auf Bundes- und Landesebene nach den Wahlen in Tiefschlaf und wachen pünktlich zu den bevorstehenden Wahlen auf? Der Bund kann sich seiner Verantwortung nicht entziehen, den Ländern benötigtes Geld für Bildung zu gewähren. Es fehlen dringend Lehrerinnen und Lehrer. Zudem muss der Zerfall der maroden Bildungseinrichtungen gestoppt werden. In Schulen regnet es rein und in den Hochschulen gehört Platzmangel bereits zur Tagesordnung.

